

„Sozialkosten sind eine tickende Zeitbombe“

Bernd J. Schneider, Präsident des Städte- und Gemeindebundes, zu Kommunal финанzen, Kita-Gebühren und den Chancen der Inklusion

Herr Schneider, 2011 war kein schlechtes Jahr für die Kommunen: Der Bund hilft ihnen bei der Grundsicherung im Alter; die Landesregierung hat den Stärkungspakt Stadtfinanzen gestartet. Ist der Städte- und Gemeindebund zufrieden?

BERND J. SCHNEIDER: Es sieht auf dem Papier gut aus. Der Bund und das Land haben endlich akzeptiert, dass die Kommunen ihre Finanzprobleme nicht alleine lösen können. Damit haben wir einen Paradigmenwechsel. Bund und Land haben eingesehen, dass sie für die Kosten der Gesetze, die sie beschließen, auch aufkommen müssen. Aber das wird nicht mit dem notwendigen Geld unterfüttert.

Das heißt konkret?

SCHNEIDER: Wir reden über Summen, die im Vergleich zu dem, was wir benötigen, nicht ausreichen. Die Sozialkosten der Kommunen, Hauptursache ihrer Finanzmisere, betragen bundesweit 42 Milliarden Euro. Sie steigen jährlich um drei Milliarden. Der Bund entlastet Städte und Gemeinden mit vier Milliarden Euro bei der Grundsicherung. Das ist zu wenig. Deshalb werden in zwei Jahren die Sozialkosten steil nach oben gehen. Das ist eine tickende Zeitbombe.

Der Stärkungspakt umfasst 3,5 Milliarden. Fordern Sie nicht zu viel?

SCHNEIDER: Die 350 Millionen Euro jährlich für die 34 ärmsten Gemeinden reichen längst nicht aus. Die Landesregierung hat noch nicht erkannt, welche Bedeutung die Rettung der Kommunen hat. Gesunde Kommunen sind Voraussetzung für Wirtschaftswachstum.

Die Sozialkosten sind Ihr größtes Problem. Um welche Ausgaben geht es vor allem?

SCHNEIDER: Nur für die NRW-Kommunen im Jahr 2010: Da ist die Grundsicherung im Alter für Menschen mit geringen Renten mit rund einer Milliarde Euro. Es geht um die Kosten für Unterkunft für Empfänger von Hartz IV – rund 3,5 Milliarden Euro. Dann haben wir noch die Ausgaben für Pflege mit 800 Millionen Euro und die Behindertenhilfe ebenfalls mit 3,5 Milliarden Euro.

Wie sind Kommunen auf die Inklusion, den gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung, vorbereitet?

SCHNEIDER: Das wird ein Megathema. Alle Parteien im Landtag sind für Inklusion. Aber keine sagt, wie es zu finanzieren ist. Ich rechne für die Kommunen mit Mehrkosten von einer halben Milliarde Euro. Ich befürchte, wir werden sehr lange zwei Systeme parallel fahren müssen, weil nicht alle Eltern wollen, dass die Kinder gemeinsam unterrichtet werden – weder Eltern von Kindern mit Behinderung, noch Eltern von Kindern ohne Behinderung. Inklusion ist ein Generationenprojekt, weil man niemanden überfordern darf. Die Landesregierung muss jetzt „Butter bei die Fische tun“ und ein Gesetz vorlegen, das sagt, was geht und was nicht geht. Denn der

Druck wird immer größer, die Inklusion umzusetzen. Das Projekt wird aber ständig verzögert. Das steigert die Erwartungen.

Was soll ein solches Gesetz bringen?

SCHNEIDER: Wir erwarten, dass das Land Personalkosten und alle Investitionen übernimmt. Noch sagt die Landesregierung aber, Personal ist Sache der Kommunen. Das wäre eine Katastrophe und würde uns mehrere Hundert Millionen Euro kosten.

Welche weitere Herausforderung sehen Sie 2012 auf die Kommunen zukommen?

SCHNEIDER: Kinderbetreuung bleibt ein Megathema. Ich sage nicht, dass wir den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder unter drei Jahren verschieben sollen. Aber diesen Anspruch einzulösen, ist eine enorme Herausforderung. Die Beitragsfreiheit für das letzte Kindergartenjahr war falsch. Ich bin der Ansicht, dass wir die Beiträge verdoppeln müssen für Eltern, die es sich leisten können. Ein zweites großes Thema für die Kommunen wird die Energiewende werden.

Wieso das?

SCHNEIDER: Der Entwurf der Landesregierung für ein Klimaschutzgesetz enthält viel ideologischen Ballast. Die Regierung nennt Ziele, übergeht damit aber die kommunalen Planungsbehörden. Wir wollen ein faires Miteinander, weil ohne uns die Energiewende nicht gelingen kann – beispielsweise bei der Ausweisung von Flächen für die Windenergie. Die Kommunen fordern bei dem Thema ein echtes Mitspracherecht.

Das Gespräch führte

Günther M. Wiedemann



Bernd J. Schneider

BILD: SGB